

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 5

Artikel: Russifizierung - heute nicht mehr möglich
Autor: Révész, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem Plenum immer wieder Wladimir Iljitsch Lenin, seinen Gedanken und seinen Ideen zu . . . Es ist dies das beharrliche Bestreben, den Geist des Leninismus unter den gegenwärtigen Bedingungen wiedererstehen zu lassen . . .» (S. 76).

Mit der Frage nach dem Inhalt des Begriffes «Demokratie», wie ihn Gorbatschow verwendet, ist deshalb die Frage verknüpft, welcher Demokratie-Begriff bei Lenin im Gebrauch stand.

Lenin über Demokratie

Lenin bezieht sich auf die Demokratie im wesentlichen in drei Sachzusammenhängen:

a) Demokratie in ihrer sowjetischen, sozialistischen oder proletarischen Ausgestaltung.

In seiner Polemik «Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky» schrieb Lenin im Oktober/November 1918: «Die proletarische Demokratie ist millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik» (Bd. 28, S. 247; mit Band- und Seitenangabe wird in der Folge Lenin aus der 4. Ausgabe der Werke zitiert).

Zuvor – im Juli 1905 – hatte Lenin in seiner Schrift «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie

in der demokratischen Revolution» lapidar festgehalten: «Vom vulgär-bürgerlichen Standpunkt schliessen der Begriff Diktatur und der Begriff Demokratie einander aus» (Bd. 9, S. 121). Von solcher Vulgarität hielt Lenin sich frei; in der Schrift «Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht» vom März/April 1918, also nach einigen Monaten der Regierungsverantwortung, präziserte er: «Es gibt entschieden keinerlei prinzipiellen Widerspruch zwischen dem sowjetischen (d. h. dem sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Gewalt einzelner Personen» (Bd. 27, S. 259).

b) Der Bezug auf die «demokratische Revolution».

Dieser Gedanke wurde im bereits erwähnten Werk «Zwei Taktiken» – verfasst nach der ersten Revolution von 1905 – entwickelt. Damals ging Lenin davon aus, dass die «demokratische Revolution» die erste von zwei Etappen sei, um die «sozialistische Revolution» zu verwirklichen; «ein solcher Sieg wird eben eine Diktatur sein, d. h. er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt . . . stützen müssen» (Bd. 9, S. 44).

c) Demokratie als Korrelat zu Freiheit.

Im Juli 1921 wandte sich Lenin an die Delegierten des III. Kongresses der Komintern und

warnte: «Wir versprechen keinerlei Freiheit und keinerlei Demokratie» (Bd. 32, S. 519).

Am 1. Gesamtrussischen Kongress für ausser-schulische Bildung hatte Lenin im Mai 1919 versprochen, «dass wir uns durch so schön klingende Losungen wie Freiheit, Gleichheit und Mehrheitswillen nicht irreführen lassen» (Bd. 29, S. 339). Derweil Lenin stets behauptete, dass sein sozialistisches System eine Diktatur sei, die von der Mehrheit getragen werde, verwarf er den Gedanken, dass der Wille der Mehrheit an der Urne bestimmt werden müsse.

In einem seiner wichtigsten Werke, «Staat und Revolution», schrieb er im August 1917: «Die kleinbürgerlichen Demokraten . . . sind in dem falschen Gedanken befangen und suggerieren ihm dem Volke, das allgemeine Stimmrecht sei im heutigen Staat imstande, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Realisierung zu sichern» (Bd. 25, S. 406).

Hier klingt der Gedanke an, dass später möglich werden sollte, was 1917, im «heutigen Staat», noch unmöglich sei: dass das sozialistische System einer Evolution unterliege und die «Diktatur des Proletariates» sich wandle, dass – wie Karl Marx es sah – der Staat schliesslich absterben werde.

Schluss auf Seite 4

Laszlo Révész: Die kasachische Frage im Rahmen der Nationalitätenpolitik

Russifizierung — heute nicht mehr möglich

In der Breschnew-Ära (1964 bis 1982) kam es verschiedentlich zu nationalistischen Bewegungen (Baltikum, Georgien usw.); Andropow (1982 bis 1984) war bemüht, die nationalistische Frage auf das Judentum zu konzentrieren, in der Hoffnung, damit die Aufmerksamkeit der übrigen nichtrussischen Nationen – hauptsächlich der Ukrainer – von den eigenen Problemen abzulenken. Am 21. April 1983 wurde das Antizionistische Komitee der Sowjetgesellschaft gegründet; dies wurde in der Regierungszeitung «Iswestija» (4. Juni 1983) wie folgt bewertet: «Die Entstehung des Antizionistischen Komitees der Sowjetgesellschaft erachten die Sowjetmenschen verschiedener Nationalitäten, Berufe und verschiedenen Alters als eine seit langer Zeit herangereifte Notwendigkeit, um die Anstrengungen im Kampf gegen den internationalen Zionismus zu vereinigen.»

Bemerkenswerterweise wurde diese Kampagne unter Tschernenko (1984 bis 1985) nicht mehr weitergeführt, und in der Gorbatschow-Ära (ab 10. März 1985) wird über dieses Komitee und dessen lokale Filialen gar nicht erst berichtet.

Gorbatschow widmete bis Ende 1986 der nationalen Frage keine spezielle Aufmerksamkeit; er erachtete sie als erledigt – ebenso der XXVII. Parteikongress Ende Februar 1986. In einem Beschluss des Politbüros des ZK unmittelbar vor dem erwähnten Parteikongress hiess es, nationaler Hass und nationale Ungleichheit seien beseitigt. Trotzdem wies das Politbüro auf einige negative Erscheinungen hin: Nationale Isolierung, Überbewertung der Rolle der eigenen Nation in Vergangenheit und Gegenwart usw. («Prawda», 28. 2. 1986). Erst nach den Studentenunruhen in Kasachstan am

17./18. Dezember 1986 wurde die nationale Frage in der Gorbatschow-Ära aktuell. Er selbst äusserte sich in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Januarplenum des ZK nicht eindeutig. Einerseits betonte er: «. . . die Erfolge der Nationalitätenpolitik unserer Partei sind unbestreitbar, und wir sind mit Recht stolz darauf», andererseits kritisierte er die «Erscheinungen von lokaler Engstirnigkeit, Tendenzen zu nationaler Abgeschlossenheit, Stimmungen nationaler Überheblichkeit und sogar Zwischenfälle ähnlich jenen, die es kürzlich in Alma-Ata gegeben hat.» Er kritisierte auch den Partei- und Staatsapparat: «Man muss sagen, Genossen, dass einige Leiter an die Lösung von Fragen, die die Beziehungen zwischen den Natio-

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 3

nalitäten betreffen, manchmal ohne gebührende Verantwortung herangehen» («Iswestija», 28. 1. 1987). Der umfangreiche Beschluss der ZK-Plenarsitzung widmete der nationalen Frage einen relativ langen Abschnitt im Kapitel II.: «... jegliche Erscheinungen des Nationalismus, Chauvinismus, Zionismus und Antisemitismus, Lokalpatriotismus, nationaler Isolierung müssen entschieden bekämpft werden.» Gleichzeitig betonte das Plenum die Bedeutung der Intensivierung des «internationalen Kaderaustausches» zwischen Republiken und Nationen («Prawda», 29. 1. 1987), was eindeutig im Interesse der Russen liegt.

Die kasachische Frage

Die kasachischen Ereignisse gründen in der Vergangenheit, akzentuiert durch die seit beinahe einem Jahrhundert andauernde stufenweise Russifizierung des mit China benachbarten Kasachstans bzw. des ehemaligen Turkestan.

Die zaristische Umsiedlungspolitik dauerte von 1874 bis 1916; neben russischen Bauern zogen auch Arbeiter und Intellektuelle nach Turkestan. Allein zwischen 1897 und 1915 stieg die russische Bevölkerung auf dem Lande auf das 2,5fache, in den Städten auf das Siebenfache an; im Jahre 1916 lebten im damaligen russischen Zentralasien 790 000 Russen (10,5 Prozent der Bevölkerung); der blutige antirussische Aufstand 1916 machte dieser Entwicklung ein vorläufiges Ende.

Nach 1954 wurde die Politik der Ansiedlung im «Neuland» wiederaufgenommen und in den sechziger Jahren sogar forciert. Allein zwischen 1959 und 1970 ist die Zahl der Russen in Kasachstan von 3 972 000 auf 5 522 000 angestiegen.

Die Kasachen wurden eine Minderheit in der eigenen Heimat – eine von Moskau gewünschte Situation angesichts des Umstandes, dass diesseits und jenseits der sowjetisch-chinesischen Grenze Kasachen leben. Neben Kasachstan waren die Russen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre in Kirgisien stark vertreten (mit einem Drittel der Bevölkerung), was ebenfalls auf die «chinesische Gefahr» zurückzuführen ist. In allen übrigen Unionsrepubliken war und ist der russische Anteil in der Bevölkerung unvergleichbar kleiner. Seit den siebziger Jahren werden obige Strategien nicht weitergeführt.

Trotz zunehmender Zahl der Russen und «Europäer» in Kasachstan ging deren prozentualer Anteil in der Bevölkerung ständig zurück, weil die Geburtenzahlen bei den Kasachen und den übrigen zentralasiatischen Völkern wesentlich höher war und ist als bei den Russen.

Mitte der siebziger Jahre entfielen in der Sowjetunion 2,7 Personen auf eine Familie, bei den Russen selber aber weit weniger. Dagegen betrug die durchschnittliche Grösse einer kasa-



Nationaltheater in der kasachischen Stadt Karaganda – ein Zeuge der reichen Kultur in dieser Sowjetrepublik (AP).

chischen Familie 6,1 Personen. 1976 hatten 4,16 Prozent aller sowjetischen Familien fünf oder mehr Kinder, bei den zentralasiatischen Völkern aber 24 bis 26 Prozent. Noch klarer ist diese für die Russen negative demographische Entwicklung bei den sogenannten «Grossfamilien» (zehn oder mehr Angehörige). Bei den Russen entfiel damals nur eine einzige Grossfamilie auf 1000 Familien, bei den Kasachen 56, den Usbeken sogar 76, den Tadschiken 82, den Turkmenen 87 usw. (Ausführlicher: ZeitBild Nr. 11 (1978, S. 5 bis 7.) Bemerkenswerterweise veröffentlicht die Fachliteratur solche Berichte heute nicht mehr – wahrscheinlich, um die Russen nicht zu erschrecken.

Die Bevölkerungsanteile von Russen und Kasachen in Kasachstan zeigen folgendes Bild:

	Kasachen	Russen
1959	29,8 %	43,2 %
1970	32,4 %	42,8 %
1979	36,4 %	40,8 %
21. 2. 1987	39 %	39 %

Die in Kasachstan angesiedelten Ukrainer bilden heute sechs Prozent der Bevölkerung, die 1941 deportierten Deutschen ebenfalls sechs Prozent. Kleinere nationale Gruppen sind die Ujguren, Koreaner, Kirgisen u. a.

Die «Intellectualisierung» der Kasachen

In der Zarenzeit lebten weit weniger Russen im damaligen Turkestan; diese hatten aber – neben den vielen Bauern – alle führenden Positionen inne. Trotzdem war die nationale Frage weitaus weniger virulent – abgesehen vom erwähnten Freiheitskampf 1916 gegen die Russen. Diese heutige Brisanz hängt mit dem starken Anstieg der Intellektuellen unter der kasachischen Bevölkerung (und auch unter den übrigen nichtrussischen Nationen der UdSSR) zusammen. Bereits zwischen 1939 und 1959 stieg

der Anteil der Hoch- und Mittelschulabsolventen bei den Kasachen auf das Dreifache an.

1972 beschäftigten sich in Kasachstan 18,1 Prozent der gesamten Bevölkerung mit geistiger Arbeit, bei den Kasachen 11,1 Prozent, wobei man berücksichtigen muss, dass die Kasachen damals nicht einmal einen Drittel der Bevölkerung ausmachten. Heute bleibt das Bildungsniveau der Kasachen nur wenig hinter jenem der Russen zurück.

Wie die ungarische zentrale Parteizeitung «Népszabadság» unter Berufung auf sowjetische Quellen schreibt, unterstützen sich die Kasachen gegenseitig bei der Aufnahme an Universitäten und Hochschulen. Die Folge davon: Die Kasachen sind bei der Aufnahme privilegiert. Der Anteil der Intellektuellen bei den Kasachen wird in naher Zukunft jenen der Russen erreichen.

Und dass es sich nicht nur um eine nationale, sondern um eine nationalistische Intelligenzia handelt, bestätigt selbst die sowjetische Presse bzw. Fachliteratur.

Mitte Februar 1987 wurde eine Pressekonferenz im ZK der KPdSU durchgeführt. Dabei wurde gerügt, dass eine nationale Intelligenzia entstanden sei, welche sich auf die Herkunft ihrer Nation beruft, was öfters «zur Vergötterung der eigenen Geschichte» führe. Vielen Historikern, Schriftstellern und Künstlern aus den verschiedenen Nationen wurde Einseitigkeit vorgeworfen («Iswestija», 15. 2. 1987).

Im Jahre 2000 werden die verschiedenen Moslemvölker 40 bis 45 Prozent der Sowjetsoldaten stellen, wodurch die Selbstsicherheit der Russen zweifelsohne erschüttert wird. Das zitierte Januarplenum des ZK beschloss die Förderung des interrepublikanischen bzw. «internationalen» Kaderaustausches, was zeigt, dass die Lösung der Nationalitätenfrage für Gorbatschow – neben Perestrojka (Reorganisation), Be-

Schluss auf Seite 6

